



Unterrichtung 20/196

der Landesregierung

Bundratsinitiative „Resilienz des Bundesverfassungsgerichts stärken“

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gem. § 7 Abs. 2 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist das Ministerium für Justiz und Gesundheit.

Zuständiger Ausschuss: Innen- und Rechtsausschuss

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An die
Präsidentin des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Kristina Herbst
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

17. September 2024

Sehr geehrte Frau Präsidentin, *liebe Kristina,*

die Landesregierung Schleswig-Holstein hat am 17. September 2024 beschlossen, gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen die Bundesratsinitiative

„Resilienz des Bundesverfassungsgerichts stärken“

einzubringen. Anliegend übersende ich Ihnen die entsprechende Bundesratsdrucksache zur Unterrichtung gem. § 7 Abs. 2 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend zuständig ist die Ministerin für Justiz und Gesundheit, Prof. Dr. Kerstin von der Decken.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Günther

Antrag

der Länder xxx

Entschließung des Bundesrates: „Resilienz des Bundesverfassungsgerichts stärken“

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat begrüßt den vom Bundesminister der Justiz und verschiedenen Bundestagsfraktionen vorgestellten Vorschlag, grundlegende Vorgaben insbesondere zum Status und zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts, zur Amtszeit seiner Mitglieder sowie zur Bindungswirkung seiner Entscheidungen in Artikel 93 und 94 des Grundgesetzes aufzunehmen. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen leisten einen wichtigen Beitrag, um die Funktionsfähigkeit, Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Gerichts sicherzustellen. Ziel sollte nun ein Gesetzentwurf sein, der sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine verfassungsändernde Mehrheit erhält. Dazu sind Gespräche zwischen Bund und Ländern erforderlich, da aus Sicht des Bundesrates Änderungen an dem vorgestellten Vorschlag notwendig sind.
2. Aus Sicht des Bundesrates ist über die vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus die Aufnahme eines Zustimmungserfordernisses des Bundesrates für Änderungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in das Grundgesetz geboten. Dieses Instrument ist in besonderem Maße geeignet, die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts zu stärken. Es entspricht der Intention des Vorschlags der Bundestagsfraktionen, die für die Unabhängigkeit des Gerichts grundlegenden Regelungen einer Änderung durch eine einfache Mehrheit im Bundestag zu entziehen. Es wird zudem der Intention der Mütter und Väter des Grundgesetzes gerecht, den Föderalismus als machtbegrenzenden Stabilitätsfaktor im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.
3. Der Bundesrat fordert den Bundestag daher auf, in das geplante Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 93 und 94) das Zustimmungserfordernis des Bundesrates für Änderungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes aufzunehmen.

Begründung:

Dem Bundesverfassungsgericht kommt eine zentrale Funktion für die Sicherung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der verfassungsrechtlichen Ordnung insgesamt zu. Für eine effektive verfassungsgerichtliche Kontrolle sind die Funktionsfähigkeit, Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Gerichts unerlässlich. Es ist daher richtig, die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts zu stärken.

Ein Einfallstor für institutionelle Angriffe auf das Gericht ist der Umstand, dass das Grundgesetz in den Artikeln 93 und 94 bislang nur punktuelle Bestimmungen insbesondere zum Status und zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts sowie zur Wahl seiner Mitglieder enthält und einfache politische Mehrheiten hierauf Einfluss nehmen können. Im Übrigen werden Verfassung und Verfahren des Gerichts durch einfaches nicht-zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz geregelt und können daher durch eine einfache Mehrheit im Bundestag geändert werden. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Bundesrat ausdrücklich den im Rahmen der Bundespressekonferenz am 23. Juli 2024 vorgestellten Vorschlag, grundlegende Bestimmungen zum Bundesverfassungsgericht in den Artikeln 93 und 94 des Grundgesetzes zu verankern.

Aus Sicht des Bundesrates sollte darüber hinaus aber auch – wie von der durch die Justizministerkonferenz eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wehrhafter Rechtsstaat“ in ihrem Bericht vom 18. April 2024 nebst dazugehörigem Gesetzentwurf, der am 20. Juni 2024 seitens des Vorsitzlandes der Präsidentin des Deutschen Bundestages übermittelt wurde, vorgeschlagen und näher begründet – ein Zustimmungserfordernis des Bundesrates zu Änderungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Ein Zustimmungserfordernis des Bundesrates zu Änderungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes würde dem Zugriff einer einfachen Mehrheit des Bundestages auf das Gericht mit dem Ziel, seine Stellung zu beeinträchtigen, angesichts der erforderlichen Mehrheitsfindung im Bundestag und Bundesrat umfassend entgegenwirken. Es würde der Intention des Vorschlags des Bundesjustizministers und der Bundestagsfraktionen entsprechen, die für die Unabhängigkeit des Gerichts grundlegenden Regelungen einer Änderung durch eine einfache Mehrheit im Bundestag zu entziehen. Unabhängig hiervon legen die bereits derzeit in Artikel 94 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes vorgesehene Legitimation des Bundesverfassungsgerichts über Bundestag und Bundesrat, die umfassende Zuständigkeit des Gerichts für Bund-Länder-Streitigkeiten als klassischer Staatsgerichtshof sowie die Betroffenheit der Länder, ihrer Behörden und Gerichte von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Einführung eines Zustimmungserfordernisses nahe. Schließlich entspricht die Einführung des Zustimmungserfordernisses der Intention der Mütter und Väter des Grundgesetzes, den Föderalismus als machtsbeschränkenden Stabilitätsfaktor im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.